

Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion

40 Jahre Städtebauförderung - Rettet die Soziale Stadt!

Montag, den 24.10.2011 im Reichstagsgebäude

**Statement von Dr. Christian Lieberknecht, Geschäftsführer
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen**

Deutschlands Städte stehen am Scheideweg. Zukunftsorientierter Wandel oder schleichender Verfall. Sozialer Zusammenhalt in starken Bürgerschaften oder soziale Spaltung in überforderten Nachbarschaften. Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen betrachtet die aktuellen Entwicklungen der Wohnungspolitik in Deutschland mit Sorge. Im Bereich der Städtebau- und Wohnraumförderung ist eine grundsätzliche Weichenstellung zwingend notwendig. Es bedarf wieder verlässlicher, langfristiger Rahmenbedingungen und Planungssicherheit.

Die Wohnungsmärkte in Deutschland geraten immer weiter unter Druck. Auf der einen Seite der Entwicklung steht eine zunehmende Knappheit an Wohnraum in den Ballungszentren. Daher braucht Deutschland dringend Kompensationsmittel des Bundes für die soziale Wohnraumförderung auch nach 2013 mindestens in gleicher Höhe und unter Fortführung der Zweckbindung.

Auf der anderen Seite stehen die Wohnungsmärkte in den Regionen mit zunehmender Schrumpfung. Auch für diese Märkte bedarf es einer finanziellen und gesetzgeberischen Weichenstellung. 410 Millionen Euro reichen keineswegs für die Städtebauförderung. Sie werden den zunehmenden Herausforderungen des demografischen Wandels nicht gerecht.

Die Suche nach einer bezahlbaren und bedürfnisgerechten Wohnung wird für immer mehr Menschen wieder zu einem Problem. Angesichts der Wohnraumverknappung in immer mehr Ballungsregionen und wirtschaftlich starken Städten ist die Förderung von Wohnraum gerade für sozial schwächer gestellte Menschen unverzichtbar. Es drohen erhebliche soziale Probleme. Entmischungsprozesse in den Wohnquartieren schreiten voran und belasten die Nachbarschaften.

Das Programm "Soziale Stadt" muss deswegen wieder angemessen ausgestattet werden. 40 Millionen Euro werden den wachsenden Herausforderungen kaum gerecht. Neue Projekte werden mit diesen knapp bemessenen Bundesmitteln kaum noch möglich sein. Auch bedarf es dringend wieder einer Öffnung des Programms für nichtinvestive Maßnahmen. Nur bauliche Investitionen im Quartier werden nicht reichen, um den sozialen Frieden in den Quartieren zu erhalten.

Angesichts der anstehenden abschließenden Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag hat der GdW heute gemeinsam mit Partnern aus der Wohnungswirtschaft und weiteren Unterstützern alle Bundestagsabgeordneten aufgefordert, sich für die Rettung des Städtebaus einzusetzen, für eine positive Zukunft der Städte und der Menschen.